

## Fragen

für die Fragestunde der 139. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 15. Januar 2020

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	48, 49	Kraft, Rainer, Dr. (AfD) .....	19, 50
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	10, 65	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	21, 22
Brandner, Stephan (AfD) .....	57, 58	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	45, 46
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	25	Luksic, Oliver (FDP) .....	20, 44
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	39, 40	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	8, 9
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	2, 3	Peterka, Tobias Matthias (AfD) .....	27, 63
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	47, 64	Podolay, Paul Viktor (AfD) .....	30, 37
Gminder, Franziska (AfD) .....	59, 60	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	28, 29
Hänsel, Heike (DIE LINKE.) .....	14, 15	Renner, Martina (DIE LINKE.) .....	61, 62
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.) .....	31, 32	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	13
Herbst, Torsten (FDP) .....	17, 41	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	16, 56
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP) .....	1, 18	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.) .....	52, 53
Huber, Johannes (AfD) .....	26	Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	11, 12
Hunko, Andrej (DIE LINKE.) .....	6, 7	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	23
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) .....	4, 5	Werner, Katrin (DIE LINKE.) .....	33, 34
Jung, Christian, Dr. (FDP) .....	38	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) .....	35, 36
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	54, 55		
Kluckert, Daniela (FDP) .....	42, 43		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	24, 51		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat .....	17

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

1. Abgeordneter  
**Dr. Christoph Hoffmann**  
(FDP)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem türkischen Eingreifen in Libyen, und wie beurteilt die Bundesregierung, dass es keine Initiative auf EU-Ebene zur Stabilisierung Libyens gibt ([www.focus.de/politik/ausland/erdogan-mar-schiert-in-libyen-ein-tuerkische-interessen-aegyptische-sorgen\\_id\\_11523640.html](http://www.focus.de/politik/ausland/erdogan-mar-schiert-in-libyen-ein-tuerkische-interessen-aegyptische-sorgen_id_11523640.html))?
2. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Pläne verfolgt die Bundesregierung für einen Libyen-Gipfel in Berlin, wie ihn Bundesaußenminister Heiko Maas laut Meldung der Deutschen Presseagentur vom 8. Januar 2020 in Aussicht gestellt hat, und inwiefern adressiert sie dabei die dramatische Menschenrechtslage im Land?
3. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung es vor dem Hintergrund ihrer Bemühungen, Deutschland für Talente und Hochqualifizierte attraktiver zu machen, für einen angemessenen und zweckdienlichen Umgang mit internationalen Studierenden und Forschenden, die zu Studien- und Forschungszwecken nach Deutschland kommen möchten, wenn diese nach den jüngsten Zahlen an 24 Auslandsvertretungen länger als acht Wochen auf einen Termin warten müssen, um einen Antrag auf ein Visum überhaupt abgeben zu dürfen – in sieben Auslandsvertretungen beträgt die Wartezeit gar ein Jahr und mehr (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zugangswege für internationale Studierende“, Bundestagsdrucksache 19/15956, S. 10/11) –, und warum hält die Bundesregierung die bisher getroffenen Maßnahmen, Visawartezeiten zu verkürzen, für ausreichend vor dem Hintergrund, dass im September 2018 die Zahl der Auslandsvertretungen, an denen Studierende und Forschende acht Wochen und mehr auf die Visumsabgabe warten mussten, nur bei 20 lag und einzig in Teheran eine Wartezeit von über einem Jahr bestand (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wartezeiten bei der Vergabe von Visa für Studien- und Forschungsaufenthalte in Deutschland“, Bundestagsdrucksache 19/4799, S. 29)?
4. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)

Wie wurden die Visaanträge von eritreischen Staatsangehörigen zum Familiennachzug an den deutschen Botschaften im Sudan, in Äthiopien und Kenia im Jahr 2019 beschieden (bitte nach Quartalen und Botschaften aufschlüsseln), und in-

wieweit gab es im Jahr 2019 Veränderungen interner Vorgaben (etwa Weisungen, Richtlinien, Anwendungsvorschriften etc.) zur Bearbeitung von Visaanträgen beim Nachzug zu eritreischen Flüchtlingen (bitte möglichst genau darlegen)?

5. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)

Welche Angaben zum Monat Dezember 2019 und zum Gesamtjahr 2019 kann die Bundesregierung zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten machen (bitte so darstellen wie zuletzt im Plenarprotokoll 19/133, Antwort des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Michael Roth, auf meine Mündliche Frage 31, d. h. differenziert nach den unterschiedlichen beteiligten Behörden darstellen und den letzten Stand der anhängigen Terminanfragen nennen), und wie viele Beschäftigte sind mit dem Verfahren des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten befasst (bitte so differenziert wie möglich angeben und zumindest nach Bundesverwaltungsamt und Auswärtigem Amt, dort: In- und Ausland, differenzieren)?

6. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Welche weiteren Relaisstationen sind der Bundesregierung für die Missionsführung von US-Drohnen bekannt, woraufhin sie zu der in der Bundespressekonferenz (BPK) vom 6. Januar 2019 vorgestellten Einschätzung kommt, der US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein sei nur „eine“ solche Anlage, aber nicht „die einzige“ (bitte unter Angabe der Quellen benennen und nicht auf den ebenfalls in der BPK genannten „Ramstein-Zettel“ verweisen, von dem zu dieser Fragestellung gewöhnlich abgelesen wird), und wann hat sie sich zuletzt bei der US-Regierung zur völkerrechtskonformen Nutzung der Relaisstation in Ramstein erkundigt bzw. unaufgefordert eine entsprechende Zusicherung von der US-Seite erhalten (bitte die jeweiligen Gesprächspartner/innen nennen)?

7. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Inwiefern ist die vom US-Präsidenten Donald Trump angeordnete Tötung des iranischen Generals Qasem Soleimani und des irakischen Generals Abu Mahdi al-Muhandis vom 3. Januar 2020 aus Sicht der Bundesregierung vom Völkerrecht gedeckt (bitte die Begründung unter Angabe der Rechtsgrundlagen), und durch welche geeigneten Maßnahmen vergewissert sich die Bundesregierung hinsichtlich des in Rede stehenden Angriffs, ob dessen Missionsführung über Anlagen der US-Luftwaffenbasis in Ramstein erfolgt ist, damit die Bundesregierung, soweit es dann erforderlich scheint, bezüglich der Nutzung der Basis durch die US-amerikanischen Streitkräfte für Einsätze von bewaffneten Drohnen gegenüber den Ver-

einigten Staaten auf die Einhaltung des Völkerrechts hinwirken kann und sich nicht nur auf entsprechende mündliche Zusicherungen verlässt, wie es der Regierungssprecher zuletzt in der Bundespressekonferenz vom 6. Januar 2020 mitgeteilt hat?

8. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche völkerrechtliche Grundlage sieht die Bundesregierung für die gezielte Tötung Qassem Soleimani durch einen Drohnenangriff der USA am 3. Januar 2020 im Irak, und stuft sie die Tötung als völkerrechtswidrig ein (vgl. [www.zdf.de/nachrichten/heute/-voelkerrecht-wurde-verletzt--muetzenich-kritisiert-us-angriff-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/heute/-voelkerrecht-wurde-verletzt--muetzenich-kritisiert-us-angriff-100.html))?
9. Abgeordneter  
**Omid Nouripour**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die unmittelbare Bedrohung („imminent threat“), die von der US-Regierung als Rechtfertigung für die gezielte Tötung Qassem Soleimani durch einen Drohnenangriff am 3. Januar 2020 im Irak herangezogen wurde (vgl. [www.nytimes.com/2020/01/08/us/politics/senator-mike-lee-iran-briefing.html](http://www.nytimes.com/2020/01/08/us/politics/senator-mike-lee-iran-briefing.html))?
10. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, dass die US-Regierung – etwa US-Außenminister Mike Pompeo in seinem Anruf am 3. Januar 2020 – die Bundesregierung auch unterrichtete über Anschlagpläne in Deutschland bezüglich deutscher Personen oder Einrichtungen (Frankfurter Rundschau vom 6. Januar 2020: Die Deutschen müssen verstehen, „dass das, was wir getan haben, auch Leben in Europa gerettet hat“), die der getötete Iraner Soleimani aktuell verfolgte, laut US-Präsident Trump (Frankfurter Rundschau vom 3. Januar 2020: [Er] wollte noch „viele weitere“ töten), und wann hat oder wird sich die Bundesregierung (vgl. OVG Münster, Urteil vom 19. März 2019, Aktenzeichen: 4 A 1361/15) bei den USA erkundigen, ob deren Ramsteiner Relaisstation für Drohnenangriffe unter anderem auch mitwirkte an dem US-Raketenangriff auf Soleimani in Bagdad am 3. Januar 2020 ([www.ifo.de/recht/nachrichten/n/ovg-muenster-4a1361-15-drohnen-einsaetze-usa-ramstein-voelkerrecht-kontrolle/](http://www.ifo.de/recht/nachrichten/n/ovg-muenster-4a1361-15-drohnen-einsaetze-usa-ramstein-voelkerrecht-kontrolle/))?
11. Abgeordneter  
**Jürgen Trittin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum vermeidet die Bundesregierung meiner Einschätzung nach die deutliche Benennung der Tötung des iranischen Generals Soleimani und des irakischen Milizenführers al-Muhandis sowie ihrer Begleiter durch die USA als extralegal und völkerrechtswidrig, obwohl dieses Attentat auf dem Hoheitsgebiet, aber ohne Einverständnis des Irak stattfand und obwohl sie nach meiner Kenntnis die daraus resultierenden irakischen Raketen-

angriffe auf US-Militärbasen im Irak als eben solche kritisiert, insbesondere vor dem Hintergrund der Einschätzung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, das mit dem Vorgehen der USA „das Völkerrecht verletzt ... und auch unser Verständnis von staatlicher Gewalt“ (Rolf Mützenich, Rheinische Post vom 4. Januar 2020) würde?

12. Abgeordneter  
**Jürgen Trittin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Von welchen Folgen in rechtlicher Hinsicht geht die Bundesregierung aus, wenn nach einer Anrufung der Streitbeilegung im Rahmen des Atomabkommens mit dem Iran (JCPOA) es nach zweimal 15 Tagen nicht zu einer Streitbeilegung unter den verbliebenen Vertragspartnern kommt?
13. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Haben die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister während des Arbeitstreffens mit dem Präsidenten der Russischen Föderation am 11. Januar 2020 die anhaltenden Waffenstillstandsverletzungen und Behinderungen der OSCE-Beobachtermission durch prorussische Separatisten im Donbas angesprochen ([www.osce.org/ukrainesmm/reports](http://www.osce.org/ukrainesmm/reports)), und welche konkreten Schritte wurden vor dem Hintergrund der Normandie-Ergebnisse vom 9. Dezember 2019 vereinbart, um eine dauerhafte Waffenruhe durchzusetzen und eine vollumfängliche Beobachtung durch die OSCE zu garantieren?
14. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)

Auf welcher rechtlichen Grundlage hat die Bundesregierung den selbsternannten Präsidenten Juan Guaidó als wiedergewählten Präsidenten der Nationalversammlung anerkannt, obwohl seine „Wahl“ in einer Zeitungsredaktion mit ausgewählten Abgeordneten stattfand ([www.amerika21.de/2020/01/236141/venezuela-guaido-maduro-parlament](http://www.amerika21.de/2020/01/236141/venezuela-guaido-maduro-parlament))?
15. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)

Erwägt die Bundesregierung, angesichts der zahlreichen schweren Menschenrechtsverletzungen seitens chilenischer Sicherheitskräfte ([www.amerika21.de/2019/12/235940/erneut-toter-chile-protest-menschenrecht](http://www.amerika21.de/2019/12/235940/erneut-toter-chile-protest-menschenrecht)) bzw. der laut Bericht von OHCHR durch exzessive Polizeigewalt verursachten Menschenrechtsverletzungen ([www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25423&LangID=E](http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25423&LangID=E)) die Polizeikooperation mit Chile einzustellen bzw. zu überprüfen, wie bereits in Frankreich geschehen ([www.dw.com/es/polic%C3%ADa-francesa-no-asesora-a-chile/a-51443401](http://www.dw.com/es/polic%C3%ADa-francesa-no-asesora-a-chile/a-51443401); bitte begründen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Wirtschaft und Energie**

16. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern verfolgt die Bundesregierung das Ziel, Mobilfunkanbieter dazu zu verpflichten, die in den Beschlüssen der Bundesnetzagentur angeordnete Absenkung des Portierungsentgelts auf Vorleistungsebene im Mobilfunkbereich (vgl. BK2d-19-021, BK2-19-027, BK2-19-026) zügig an die Endkundinnen und Endkunden weiterzugeben (bitte begründen), und sind der Bundesregierung Pläne der Anbieter bekannt, die aktuell deutlich höheren Entgelte, die Mobilfunkanbieter den Endkundinnen und Endkunden für die Rufnummernmitnahme beim Anbieterwechsel in Rechnung stellen, abzusenken?
17. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Wie viel Gigawatt grundlastfähiger Energieerzeugungskapazitäten werden in Deutschland bis zum Jahr 2023 durch den kompletten Ausstieg aus der Atomverstromung sowie den teilweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung nach Kenntnis der Bundesregierung abgeschaltet, und welcher Anteil dieser abgeschalteten Energieerzeugungskapazitäten soll bis 2023 durch andere grundlastfähige Kraftwerke ersetzt werden?
18. Abgeordneter  
**Dr. Christoph Hoffmann**  
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass im Rahmen des Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetzes (KWKG) bei negativen Börsenpreisen die Einspeisevergütung um 5 Prozent unter Berücksichtigung der Anzahl der betroffenen Tage pro Monat gekürzt wird ([www.energienetz-mitte.de/kunden/eeg-einspeisung/einspeisung/zuschlags-foerderspruch-bei-negativen-preisen/](http://www.energienetz-mitte.de/kunden/eeg-einspeisung/einspeisung/zuschlags-foerderspruch-bei-negativen-preisen/)), und plant die Bundesregierung die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Änderung dieser gesetzlichen Regelung?
19. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die volatile Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien Lastabwürfe in Privathaushalten durch intelligente Stromzähler notwendig macht oder es Planungen in diese Richtung gibt ([www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/intelligente-netze.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/intelligente-netze.html))?
20. Abgeordneter  
**Oliver Luksic**  
(FDP)
- Wie viele Anträge auf Förderungen durch den Umweltbonus des Förderprogramms Elektromobilität wurden im vergangenen Jahr prozentual und absolut gestellt und bewilligt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

21. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sind die intelligenten Messeinrichtungen bzw. die Smart-Meter-Geräte, deren Roll-Out meines Wissens in Kürze beginnen soll, in der Lage, mit den handelsüblichen Wallboxen (insbesondere zur Ladung von Elektroautos) zu kommunizieren, so dass Ladevorgänge über die Smart-Meter-Technik zeitlich gesteuert werden können?
22. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann ist nach Kenntnis der Bundesregierung der 52-Gigawatt-Solardeckel ausgeschöpft, und wann plant die Bundesregierung, eine gesetzliche Vorlage im Kabinett zu verabschieden, dass der 52-GW-Deckel aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gestrichen wird?
23. Abgeordnete  
**Dr. Julia Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung mehrerer Verbände und Wirtschaftsvereinigungen, die in der letzten Woche davor warnten, dass der Förderdeckel für Solarenergie noch im April 2020 erreicht werden könnte ([www.solarwirtschaft.de/fileadmin/user\\_upload/Verbaendeappell52GW-Deckel2020.pdf](http://www.solarwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Verbaendeappell52GW-Deckel2020.pdf)), und teilt die Bundesregierung meine Einschätzung, dass bereits die Aussicht auf ein Erreichen des Deckels zu großer Verunsicherung im Markt führt?
24. Abgeordnete  
**Sylvia Kottling-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe sind dem Bund im Zusammenhang mit dem von Vattenfall anhängig gemachten Schiedsgerichtsverfahren ARB 12/12 des internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) hinsichtlich der 13. Atomgesetznovelle seit Beginn des Verfahrens bislang Personal-, Sach-, Prozess-, Mandats- oder sonstige Kosten entstanden, und in schätzungsweise welcher Höhe erwartet der Bund derartige künftige Kosten jeweils noch bis Ende des Verfahrens bzw. Jahres (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 18/9341)?
25. Abgeordnete  
**Katharina Dröge**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat nach Kenntnis und Einschätzung der Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen der ÖVP und den Grünen in Österreich vereinbarte Ablehnung des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens ([www.fleischwirtschaft.de/politik/nachrichten/oesterreich-Neue-Regierung-lehnt-Mercosur-Abkommen-ab-40939?crefresh=1](http://www.fleischwirtschaft.de/politik/nachrichten/oesterreich-Neue-Regierung-lehnt-Mercosur-Abkommen-ab-40939?crefresh=1)) auf den weiteren Ratifizierungsprozess des Abkommens, und wird sich die Bundesregierung im Rat der EU dafür einsetzen, den Ratifizierungsprozess vor dem Hintergrund der bevorstehenden Ablehnung Österreichs zu stoppen?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz  
und für Verbraucherschutz**

26. Abgeordneter  
**Johannes Huber**  
(AfD) Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Gesetzesinitiative zur Öffnung der Strafmündigkeit für Jugendliche unter 14 Jahren in den Deutschen Bundestag einzubringen ([www.zeit.de/politik/deutschland/2020-01/strafmuendigkeit-jugendstrafrecht-kinder-unter-14-jahren-gewaltverbrechen-csu](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-01/strafmuendigkeit-jugendstrafrecht-kinder-unter-14-jahren-gewaltverbrechen-csu))?
27. Abgeordneter  
**Tobias Matthias Peterka**  
(AfD) Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Gesetzesinitiative vorzulegen, um die Strafmündigkeit unterhalb von 14 Jahren anzusetzen, sowie zu den bereits länger zurückliegenden Überlegungen, das richterliche Ermessen bei der Verhängung von Bewährungen im Wiederholungsfalle gesetzlich einzuschränken (vgl. Tagesschau.de vom 5. Januar 2020, [www.tagesschau.de/inland/csu-klausur-139.html](http://www.tagesschau.de/inland/csu-klausur-139.html) sowie NTV.de vom 2. Januar 2019, [www.n-tv.de/politik/CSU-will-Kettenbewaehrungen-stoppen-article20793117.html](http://www.n-tv.de/politik/CSU-will-Kettenbewaehrungen-stoppen-article20793117.html), abgerufen am 9. Januar 2020)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales**

28. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Mit welchen Ländern wurden Partnerabkommen (Vermittlungsabsprachen) zur gezielten Anwerbung von Fachkräften geschlossen, und mit welchen Ländern gibt es derzeit Verhandlungen über solche Partnerabkommen?
29. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Wo werden die Partnerabkommen (Vermittlungsabsprachen) zur gezielten Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten zugänglich gemacht ([www.fr.de/wirtschaft/fachkraeftemangel-anwerbestrategie-auslaendische-fachkraefte-gefördert-13337504.html](http://www.fr.de/wirtschaft/fachkraeftemangel-anwerbestrategie-auslaendische-fachkraefte-gefördert-13337504.html)), und wie ist einsehbar, für welche Branche die jeweiligen Abkommen anwendbar sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der  
Verteidigung**

30. Abgeordneter  
**Paul Viktor  
Podolay**  
(AfD)
- Welche militärisch-strategischen Optionen kann die Bundesregierung ihren internationalen Partnern vorschlagen im Falle einer möglichen, am Mittwoch, dem 8. Januar 2020 ([www.tagesschau.de/ausland/bundeswehr-erbil-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/bundeswehr-erbil-101.html)) von der Bundesverteidigungsministerin angekündigten Verlegung der im nordirakischen Erbil stationierten deutschen Soldaten in die Nachbarstaaten, um die Einsatzfähigkeit im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ in der Region zu gewährleisten?
31. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die Intention des vom „Freundeskreis zur Erhaltung eines Fallschirmjäger–Ehrenmals auf Kreta e. V.“ initiierten Projekts, das teilweise verfallene NS-Fallschirmjägerdenkmal bei Chania, Kreta, das 1941 zu Ehren beim Überfall auf Kreta getöteter deutscher Soldaten errichtet wurde und einen niederstürzenden Adler mit Hakenkreuz in den Klauen zeigte, umzusiedeln und an anderer Stelle auf Kreta wieder zu errichten (vgl. [www.mahnmal-kreta.de/](http://www.mahnmal-kreta.de/)), und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Beteiligung der Bundeswehr bzw. von Bundeswehrangehörigen an diesem Projekt?
32. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Beteiligung von Bundeswehroffizieren an Gedenkfeiern an dem 1941 von der Wehrmacht errichteten Denkmal bei Floria auf Kreta ([www.bdpi.org/kranz-des-bdpi-auf-dem-soldatenfriedhof-floria-kreta/](http://www.bdpi.org/kranz-des-bdpi-auf-dem-soldatenfriedhof-floria-kreta/)), das den Spruch „Gefallen für Großdeutschland“ trägt und mit Handgranaten attackierende Wehrmachtssoldaten zeigt, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Mitwirkung der Bundeswehr bzw. von Angehörigen der Bundeswehr bei der Instandhaltung dieses NS-Denkmal?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

33. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt wird die Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“ zu Familien in Trennung, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben

wurde, veröffentlicht (vgl. [www.bmfsfi.de/bmfsfi/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/partnerschaftlichkeit-nach-der-trennung/partnerschaftlichkeit-nach-der-trennung-ermoeglichen/117796](http://www.bmfsfi.de/bmfsfi/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/partnerschaftlichkeit-nach-der-trennung/partnerschaftlichkeit-nach-der-trennung-ermoeglichen/117796))?

34. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt wird der Neunte Familienbericht zum Thema „Elternschaft in Deutschland“ in diesem Jahr veröffentlicht (vgl. [www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/eltern-sind-zentrales-thema-des-neunten-familienberichts-/127102](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/eltern-sind-zentrales-thema-des-neunten-familienberichts-/127102))?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

35. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie viel Prozent der gesetzlich Krankenversicherten warteten nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2015 bis 2019 länger als drei Wochen, länger als vier Wochen und länger als acht Wochen auf einen Facharzttermin, und bei welchen fünf Facharzttrichtungen gibt es derzeit die längsten Wartezeiten auf einen Termin (bitte die durchschnittliche Wartezeit in Wochen angeben)?
36. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie viel Prozent der gesetzlich Krankenversicherten warten nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit nach Bundesländern aufgeschlüsselt länger als vier Wochen auf einen Facharzttermin?
37. Abgeordneter  
**Paul Viktor  
Podolay**  
(AfD)
- Wie steht die Bundesregierung angesichts des jüngst bekannt gewordenen Vorfalls von unberechtigt erlangtem Arztausweis, Praxisausweis und elektronischer Gesundheitskarte und damit verbundenem unberechtigtem Zugang zur Telematikinfrastruktur und den dort lagernden hochsensiblen Gesundheitsdaten zur Ablehnung der Gematik GmbH, bereits ausgeteilte Ausweise zurückzuholen ([www.tagesspiegel.de/politik/hacker-finden-sicherheitsluecke-ausgabe-von-praxis-und-arztausweisen-nach-datenleck-gestoppt/25371184.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/hacker-finden-sicherheitsluecke-ausgabe-von-praxis-und-arztausweisen-nach-datenleck-gestoppt/25371184.html))?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr  
und digitale Infrastruktur**

38. Abgeordneter  
**Dr. Christian Jung**  
(FDP)
- Drohen infolge des beabsichtigten Börsengangs ([www.reuters.com/article/grossbritannien-deutsche-bahn-arriva-idDEKBN1Z10S6](http://www.reuters.com/article/grossbritannien-deutsche-bahn-arriva-idDEKBN1Z10S6)) oder nach meiner Kenntnis einem beabsichtigten Verkauf des Unternehmens Arriva PLC, einem Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG, weitere Abschreibungen und Bilanzierungsrisiken, die für den Bundeshaushalt relevant sein könnten und zu sofortigen Wertberichtigungen führen werden, bzw. sind hierfür Vorsorgemaßnahmen schon getroffen worden?
39. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Sind die Aussagen von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer im Zusammenhang mit dem Ausbau klassischer Nachtzugangebote und einem möglichen stärkeren Engagement der Deutschen Bahn AG (DB AG) („Ich bin dafür prinzipiell offen“ und „Wenn wir wieder Nachtzüge bereitstellen, brauchen wir auch die entsprechenden Züge dafür“, Deutsche Presseagentur – dpa – vom 5. Januar 2020) dahingehend zu deuten, dass die Bundesregierung beispielsweise über ihre Vertreter im Aufsichtsrat der DB AG Einfluss nehmen möchte, dass das bundeseigene Eisenbahnunternehmen wieder eigene Angebote in diesem Marktsegment unterbreiten wird, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um Anreize zu setzen dafür, dass mehr Nachtzüge innerhalb Deutschlands verkehren?
40. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Teilnehmerkreis sieht die Bundesregierung für den von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer angekündigten Bahn-Gipfel im Frühjahr 2020 vor (dpa vom 9. Januar 2020), und welche Folgetermine ergeben sich aus dem angekündigten Bahn-Gipfel der Bundesregierung?
41. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Wie hat sich der Elektrifizierungsgrad der deutschen Schieneninfrastruktur zwischen dem 31. Dezember 2018 und dem 31. Dezember 2019 entwickelt (bitte nach Kilometern und Anteil am Gesamtnetz aufschlüsseln), und hält die Bundesregierung vor diesem Hintergrund am ausgegebenen Elektrifizierungsziel von 70 Prozent bis 2025 fest?
42. Abgeordnete  
**Daniela Kluckert**  
(FDP)
- Wie bewertet der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer die seit Januar 2020 in Kraft getretene Fahrpreissenkung der Deutschen Bahn AG ([www.tagesschau.de/inland/deutsche-bahn-preissenkung-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/deutsche-bahn-preissenkung-101.html))?

43. Abgeordnete  
**Daniela Kluckert**  
(FDP)
- Wie bewertet der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer die Förderung der Plug-in-Hybride mit einer elektrischen Mindestreichweite von 40 Kilometern, sodass diese unter die günstigere 0,5-Prozent-Dienstwagenbesteuerung fallen ([www.spiegel.de/auto/fahrkultur/deutschland-der-boom-der-plug-in-hybride-a-fd26ee13-3f72-4662-801b-914612db3294](http://www.spiegel.de/auto/fahrkultur/deutschland-der-boom-der-plug-in-hybride-a-fd26ee13-3f72-4662-801b-914612db3294))?
44. Abgeordneter  
**Oliver Luksic**  
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur aus dem Bericht der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) zur Lkw-Parksituation im Umfeld der Bundesautobahnen im Jahr 2018, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung im Jahr 2019 unternommen, um die quantitativen und qualitativen Mängel in der Lkw-Parksituation im Umfeld der Bundesfernstraßen zu beheben (Bundestagsdrucksache 19/10810)?
45. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich in den vergangenen zehn Jahren die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionswerte von neu zugelassenen Benzin- und Diesel-Pkw jeweils entwickelt (bitte für die einzelnen Jahre nach Benzin- und Diesel-Pkw aufschlüsseln; bei noch nicht vollständigen Daten für das Jahr 2019 bitte die bereits verfügbaren Daten nutzen)?
46. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
(Dresden)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Fahrzeuge der Fahrzeugklasse L7e wurden in den vergangenen zehn Jahren jeweils neu zugelassen, und inwiefern stimmt die Bundesregierung meiner Einschätzung zu, dass eine Ausweitung der Kaufprämie für Elektrofahrzeuge auf diese Fahrzeugklasse dazu beitragen kann, ihren Anteil im gesamten Fahrzeugbestand zu erhöhen, sodass dies zu einer Treibhausgasreduktion sowie zu einem geringeren Energieverbrauch im Verkehrssektor führen könnte?
47. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung die „Vision Zero“ explizit als Ziel in die Straßenverkehrsordnung (StVO) bzw. das Straßenverkehrsgesetz (StVG) noch in dieser Legislaturperiode aufnehmen, und wird sie es Kommunen durch eine Veränderung von StVO bzw. StVG erleichtern, innerorts eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 km/h für ganze Straßen unabhängig von besonderen Gefahrensituationen anzuordnen?
48. Abgeordnete  
**Lisa Badum**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den steigenden Anteil schwerer Fahrzeuge mit großen Verbrennungsmotoren wie SUVs im Bereich der Pkw-Neuzulassungen ([www.tagesschau.de/wirtschaft/suv-millionen-marke-101.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/suv-millionen-marke-101.html)), der zu einem wei-

teren Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr geführt hat, und wann wird die Bundesregierung konkrete Maßnahmen gegen diesen Trend unternehmen, wie z. B. die Vorlage des geplanten Gesetzes zur Reform der Kraftfahrzeugsteuer, um diese stärker an die CO<sub>2</sub>-Emissionen auszurichten?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

49. Abgeordnete  
**Lisa Badum**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche nationalen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung haben dazu beigetragen, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2019 um 50 Millionen gesunken sind ([www.agora-energiewende.de/neuigkeiten-archiv/co2-preis-drueckt-treibhausgasemissionen-und-kohleverstromung-2019-auf-rekord-tiefs/](http://www.agora-energiewende.de/neuigkeiten-archiv/co2-preis-drueckt-treibhausgasemissionen-und-kohleverstromung-2019-auf-rekord-tiefs/))?
50. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Plant oder prüft die Bundesregierung Emissionshandelskonzepte, die Privathaushalte miteinbeziehen, und welche Kosten würden dadurch für einen durchschnittlichen Haushalt entstehen ([www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/climate\\_change\\_04\\_2014\\_komplett\\_21.5.2014.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/climate_change_04_2014_komplett_21.5.2014.pdf))?
51. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung eine Stellungnahme zur französischen Energieplanung für den Zeitraum von 2019 bis 2028 (Planification pluriannuelle de l'énergie – PPE –, siehe [www.ecologique-solidaire.gouv.fr/sites/default/files/0-PPE%20English%20Version%20With%20Annex\\_0.pdf](http://www.ecologique-solidaire.gouv.fr/sites/default/files/0-PPE%20English%20Version%20With%20Annex_0.pdf)) – die die Schließung keiner Blöcke vom AKW Cattenom bis mindestens 2035 vorsieht (siehe Antwort vom 2. Oktober 2019 auf meine Schriftliche Frage 71 auf Bundestagsdrucksache 19/13725) – abgeben und veröffentlichen (sei es im Rahmen der in Frankreich geplanten Konsultation zur PPE vom 20. Januar bis zum 19. Februar 2020, siehe [www.ecologique-solidaire.gouv.fr/sites/default/files/Avis%20de%20consultation%20PPE-SNBC-%20v.%20journaux.pdf](http://www.ecologique-solidaire.gouv.fr/sites/default/files/Avis%20de%20consultation%20PPE-SNBC-%20v.%20journaux.pdf), oder unter einem anderen Format), und wurde die Frage der grenzüberschreitenden Beteiligung der deutschen Bevölkerung an der Strategischen Umweltprüfung zur PPE schon geklärt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

52. Abgeordnete  
**Eva-Maria  
Schreiber**  
(DIE LINKE.)
- Auf welche empirisch nachprüfbaren Belege be-  
ruft sich nach Auskunft der Bundesregierung die  
DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH bei den Aussagen, dass der ge-  
zahlte Mindestlohn auf den Palmölplantagen von  
Feronia in der Demokratischen Republik Kongo  
bei 3,30 US-Dollar pro Tag liege und Schutzbe-  
kleidung der Arbeiter mittlerweile obligatorisch  
sei ([www.deginvest.de/Newsroom/News/News-D  
etails\\_553792-2.html](http://www.deginvest.de/Newsroom/News/News-Details_553792-2.html)), angesichts des Umstandes,  
dass diese Aussagen im Widerspruch zu den Stu-  
dienergebnissen von Human Rights Watch stehen,  
die auf Basis einer mehrwöchigen Felduntersu-  
chung Belege dafür gesammelt haben, dass der  
tägliche Arbeitslohn auf den Feronia-Plantagen  
oft bei unter 1,90 US-Dollar liege und bei Frauen  
sogar oft noch wesentlich tiefer sei (7,30 US-Dol-  
lar im Monat), und dass viele Arbeiter keine an-  
gemessene Schutzkleidung zur Verfügung gestellt  
bekommen hätten, was vielfach zu Gesundheits-  
schäden wie Hautirritationen, Impotenz oder Au-  
genproblemen geführt hätte ([www.hrw.org/de/ne  
ws/2019/11/25/dr-kongo-entwicklungsbanken-ver  
wickelt-menschenrechtsverletzungen-durch](http://www.hrw.org/de/news/2019/11/25/dr-kongo-entwicklungsbanken-verwickelt-menschenrechtsverletzungen-durch)), und  
welche Schlussfolgerungen zieht die Bundes-  
regierung aus den widersprüchlichen Aussagen  
für die weitere Arbeit ihrer Mitglieder im Auf-  
sichtsrat der DEG?
53. Abgeordnete  
**Eva-Maria  
Schreiber**  
(DIE LINKE.)
- Wie stellen Bundesregierung und EU sicher, dass  
in den neuen durch den EU Emergency Trust  
Fund for Africa (EUTF) finanzierten Projekten in  
Eritrea im Umfang von 95 Millionen Euro (vgl.  
[www.ec.europa.eu/trustfundforafrica/all-news-an  
d-stories/emergency-trust-fund-africa-eu2049-mil  
lion-support-stability-job-creation-and\\_en](http://www.ec.europa.eu/trustfundforafrica/all-news-and-stories/emergency-trust-fund-africa-eu2049-million-support-stability-job-creation-and_en)), insbe-  
sondere dem 30-Millionen-Euro-Landwirtschafts-  
projekt und dem um 60 Millionen Euro aufge-  
stockten Straßenbauprojekt, keine Eritreer zur  
Zwangsarbeit verpflichtet werden, wie sie der un-  
befristete Militärdienst in Eritrea nach Angaben  
des Europäischen Parlaments darstellt (European  
Parliament. (2017). Resolution on Eritrea, notably  
the cases of Abune Antonios and David Isaak.  
2017, 127-55(RSP)), nachdem das United Nations  
Office for Project Services (UNOPS), welches  
laut Bundesregierung die angemessene Vergütung  
und angemessene Arbeitsbedingungen bei dem  
Straßenbauprojekt nachverfolgt (vgl. Antwort der  
Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 135  
des Abgeordneten Uwe Kekeritz auf Bundestags-  
drucksache 19/9822), in einem Artikel in der

„New York Times“ mit den Aussagen zitiert wird, dass es die Implementierung des Straßenbauprojekts nicht überwache, sondern dass die Überprüfung von der eritreischen Regierung selbst durchgeführt werde, und dass UNOPS weder Informationen darüber habe, ob bei dem Projekt Zwangsarbeit angewendet werde, noch darüber, wie hoch die Löhne seien ([www.nytimes.com/2020/01/08/world/europa/conscription-eritrea-eu.html](http://www.nytimes.com/2020/01/08/world/europa/conscription-eritrea-eu.html)), und warum haben Bundesregierung und EU beschlossen, die Finanzierung von Projekten in Eritrea über den EUTF zu vertiefen, anstatt bereits die erste Phase des Straßenbauprojekts zu beenden, da das versprochene „engmaschige Monitoring“ des Programms (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 191 auf Bundestagsdrucksache 19/11401) laut Aussagen von UNOPS nicht stattgefunden hat?

54. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Mit welcher Rechtfertigung wurden nach Kenntnis der Bundesregierung von Seiten der Europäischen Union (EU) über den Nothilfe-Treuhandfonds (EUTF) weitere 95 Millionen Euro an das eritreische Regime freigegeben, obwohl bekannt geworden war, dass im Rahmen großer EUTF-Infrastrukturmaßnahmen Arbeitsbedingungen herrschten, die nach der Einschätzung der Vereinten Nationen einer Versklavung der Beteiligten entsprechen ([www.ny-times.com/2020/01/08/world/europe/conscription-eritrea-eu.html](http://www.ny-times.com/2020/01/08/world/europe/conscription-eritrea-eu.html)), und mit welchen konkreten Maßnahmen will die EU in Zukunft dafür sorgen, dass europäische Projekte in Zukunft nicht zur Ausbeutung der Bevölkerung durch das eritreische Regime kommt?

55. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, inwieweit im Sudan derzeit Maßnahmen des Khartum-Prozesses umgesetzt werden, und in welchen Bereichen arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, die sich im Land befinden, derzeit?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

56. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Inwiefern teilt die Bundesregierung die Empfehlung der Stiftung Warentest an Bürgerinnen und Bürger, auf den Abschluss von Indexpolice n zur Altersvorsorge zu verzichten (vgl. [www.test.de/L](http://www.test.de/L)



ebensversicherung-5225929-0/), und inwiefern sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf bei der Kontrolle dieser nach meiner Ansicht häufig intransparenten und komplexen Altersvorsorgeprodukte?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat**

57. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung kurzfristig, um gegen den nach meiner Ansicht um sich greifenden Linksextremismus insbesondere in Leipzig, der in der Silvesternacht 2019/2020 sein ganzes Ausmaß gezeigt hat, vorzugehen?
58. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD) Mit welchen Mitteln und aufgrund welcher Rechtsgrundlagen geschieht die Rückweisung von Zuwanderern aus sicheren Drittstaaten und Personen, gegen die Einreiseverbote bestehen, an deutschen Außengrenzen?
59. Abgeordnete  
**Franziska Gminder**  
(AfD) Wie viele Personen haben nach Erkenntnis des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat versucht, seit 1. Januar 2015 ohne gültige Grenzübertrittsdokumente in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen, und wie viele Personen sind tatsächlich ohne gültige Grenzübertrittsdokumente in die Bundesrepublik Deutschland eingereist (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
60. Abgeordnete  
**Franziska Gminder**  
(AfD) Wie vielen ohne gültige Grenzübertrittsdokumente eingereisten Personen wurden seit 1. Januar 2015 von der Bundesrepublik Deutschland Ersatzdokumente ausgestellt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
61. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.) Welche Bundesbehörden sind anlässlich der strafrechtlichen Ermittlungen gegen das auf Überwachungssoftware spezialisierte Unternehmen FinFisher GmbH bisher durch die zuständigen Ermittlungsbehörden beispielsweise im Wege der Amtshilfe zu Mitwirkungshandlungen (Auskünfte, gutachterliche Stellungnahmen, Ermittlungshandlungen etc.) aufgefordert worden ([www.wiwo.de/finfisher-ermittlungen-gegen-muenchener-irma-wegen-spysoftware-fuer-die-tuerkei/24985112.html](http://www.wiwo.de/finfisher-ermittlungen-gegen-muenchener-irma-wegen-spysoftware-fuer-die-tuerkei/24985112.html))?

62. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Bei Vorliegen welcher (weiteren) konkreten Umstände und Tatsachen sieht sich die Bundesregierung in die Lage versetzt, die geschäftlichen Beziehungen der Bundesbehörden mit dem Softwareunternehmen FinFisher GmbH und die Nutzung der Überwachungssoftware „FinSpy“ durch Bundesbehörden beenden zu müssen, wenn dieselbe Überwachungssoftware ohne Erteilung einer Exportgenehmigung durch die Bundesregierung bzw. unter Verletzung einschlägiger EU-Richtlinien u. a. in der Türkei gegen Oppositionspolitiker und Journalisten eingesetzt wurde und damit lt. Presseberichten mutmaßlich auch zur Inhaftierung deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in der Türkei beigetragen haben soll ([www.amp.n-tv.de/politik/Computer-Experten-belasten-deutsche-Firma-article21480068.html](http://www.amp.n-tv.de/politik/Computer-Experten-belasten-deutsche-Firma-article21480068.html))?
63. Abgeordneter  
**Tobias Matthias Peterka**  
(AfD)
- In welcher Personalstärke waren Kräfte der Bundespolizei zur Silvesternacht am 31. Dezember 2019/1. Januar 2020 (Zeitraum von 12 Uhr bis 12 Uhr) eingesetzt, und wie hoch ist die Zahl der verletzten Kräfte?
64. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ab wann werden die Beschäftigten des Bundes in der Region Berlin/Brandenburg das seit dem 1. September 2019 gültige neue „VBB-Firmenticket“ (VBB 0 Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg) nutzen können (vgl. [www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Aufgaben/ZMV/Jobticket/VBB\\_INFO\\_Tarif.pdf?\\_\\_blob=publication\\_File&v=2](http://www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Aufgaben/ZMV/Jobticket/VBB_INFO_Tarif.pdf?__blob=publication_File&v=2)), und wenn dies nicht geplant ist, wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung, das neue VBB-Firmenticket für die Beschäftigten des Bundes in der Region Berlin/Brandenburg nicht einzuführen unter dem Aspekt, dass dieses Ticket die Nutzung einer VBB-Monatskarte attraktiver macht, da das Ticket günstiger ist als nach der bisherigen Jobticketregelung?
65. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung insgesamt die Ankündigung des Bundesinnenministeriums (bei der Bundespressekonferenz am 6. Januar 2020; [www.youtube.com/watch?v=cxTT6KiSb44](https://www.youtube.com/watch?v=cxTT6KiSb44) – ab etwa 01:00:00), den Kommunen umfangreicher als derzeit Verbote privater Feuerwerke zu ermöglichen, frühestens jedoch „in der nächsten Legislaturperiode“, obwohl im Bundesrat bereits ein entsprechender Verordnungsantrag des Landes Berlin diskutiert wird (Bundesratsdrucksache 617/19), und in welchem Umfang trifft die auf der Bundespressekonferenz aufgestellte Behauptung des Sprechers des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu, dass Kommu-

nen die gegenwärtig bestehenden beschränkten Verbotsbefugnisse kaum angewendet hätten (bitte jährliche Verbotszahlen ab 2017 nennen)?

